

Besser als budgetiert, aber immer noch schlecht

Biel Das Geschäftsjahr 2015 der Stadt Biel schliesst mit einem Defizit von gut zehn Millionen Franken ab. Zehn Tage vor der Budget-Abstimmung ist das ein klares Signal an die Stimmbürger: Es braucht die Steuererhöhung.

Eva Berger

Im direkten Vergleich sieht es übel aus: Für 2015 hatte die Stadt Biel ein Defizit von 4,32 Millionen Franken budgetiert, abgeschlossen hat das Jahr aber mit 10,2 Millionen in den roten Zahlen, wie die Stadt gestern mitteilte. Dennoch: Biel hat 2015 doch nicht so schlecht gewirtschaftet, denn effektiv schliesst die Rechnung um rund 6,1 Millionen Franken besser ab als vorgesehen.

Grund für diese Differenzen ist, vereinfacht gesagt, die Buchhaltung: Bei der Aufstellung des Budgets war man davon ausgegangen, dass 14,25 Millionen Franken aus den Spezialfinanzierungen entnommen würden – vor dieser Entnahme resultierte also ein Minus von 18,57 Millionen. Effektiv wurden aus Spezialfinanzierungen (konkret der Spezialfinanzierung «Buchgewinne auf Liegenschaften im Finanzvermögen») aber nur 2,22 Millio-

nen Franken entnommen. Ergo: Das Resultat der Rechnung sieht schlecht aus, aber es ist besser, als es im Budget vorgesehen war: Das Minus beträgt effektiv 12,46 anstatt 18,6 Millionen Franken.

Das Defizit von 6,1 Millionen Franken wird dem Eigenkapital belastet. Per 31. Dezember 2015 war dieses damit vollständig aufgebraucht. Biel hatte allerdings nur temporär keine Reserven mehr, denn ebenfalls per Ende Jahr wurden acht Spezialfinanzierungen aufgehoben und ihre Restbestände dem Eigenkapital zugewiesen. Dieses beträgt inzwischen wieder 11,34 Millionen Franken. Die Aufhebung dieser Spezialfinanzierungen hatte der Stadtrat im letzten Mai beschlossen.

Weniger Abgaben

Es gibt mehrere Gründe, warum die Rechnung besser aussieht als das Budget. Einer davon ist, dass die Stadt im letzten Jahr rund 4,4 Millionen Franken weniger an

den Kanton abgelten musste. Dies, weil mit dem Scheitern des Trams Region Bern die ÖV-Infrastrukturkosten des Kantons gesunken sind.

Zweitens wurde der budgetierte Personalaufwand um rund 2,5 Millionen Franken unterschritten. Fluktuationen und Verzögerungen beim Wiederbesetzen von Stellen führten dazu. Die Stadt hat darum die gesetzlich vorgeschriebene Rückstellung von Ferien- und Überzeitguthaben von 2,1 Millionen Franken gebildet.

Auch der Sachaufwand schlug weniger stark zu Buche als angenommen. Er lag rund sieben Prozent unter dem Budget, was knapp 2,4 Millionen Franken entspricht.

Ganz in Stein gemesselt ist das Resultat der Jahresrechnung 2015 aber noch nicht, es müsse noch mit einer Korrektur der Steuererträge gerechnet werden, heisst es von Seiten der Stadt. Dafür wurden zwar Rückstellungen

von fünf Millionen Franken gebildet, den genauen Betrag der Rückzahlungen weiss aber noch niemand. Dieser wird sich erst mit den Steuererklärungen herausstellen. Sicher ist, dass die Exportwirtschaft unter der Aufhebung des Franken-Mindestkurses und der Einführung von Negativzinsen gelitten hat. Für das Jahr 2015 rechneten die Bieler Uhrenkonzerne mit Gewinneinbrüchen von 15 bis 30 Prozent, was sich direkt negativ auf das Steuersubstrat der Stadt Biel auswirken wird.

Ein Übergangsergebnis

Im November 2014 hatten die Bieler Stimmdenden klar Ja zum Voranschlag 2015 gesagt. 76 Prozent hiessen die Vorlage gut. Die Stimmung im Vorfeld der Abstimmung war nicht besonders emotional, gegen das Budget hatten sich nur die SVP und die GLP ausgesprochen.

Der Voranschlag 2015 wurde denn auch als «Übergangsbud-

get» bezeichnet. Bereits war klar, dass im darauffolgenden Frühling die Debatte zur Nachhaltigen Haushaltssanierung (NHS) stattfinden würde. Der Gemeinderat machte keinen Hehl daraus, dass er nach der verlorenen Abstimmung zum Budget 2014 kein Risiko eingehen wollte. Eine Steuererhöhung war darum ebenso wenig vorgesehen wie einschneidende Sparmassnahmen. Mit einem gültigen Budget im Rücken, so sagte es nach der Abstimmung im November 2014 Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR), solle bereits im Frühling am Voranschlag 2016 gefeilt werden. Wie kompliziert das werden sollte und dass das neue Budget ebenfalls an der Urne scheitern würde, konnte Steidle damals freilich nicht ahnen.

Abstimmung ist am 3. April

In aller Regel präsentiert die Finanzdirektion die Rechnung im April, eine Ausnahme machte sie bereits vor zwei Jahren. Wie jetzt

stand auch damals eine zweite Budget-Abstimmung im Frühling bevor. Und wie damals appellieren der Gemeinderat und die Mehrheit des Stadtrats auch jetzt dafür, dass der zweiten Version des Voranschlags unbedingt zugestimmt werden soll. Mit einem Defizit von gut zehn Millionen Franken im Rücken und der Tatsache, dass die Stadt nur noch wegen Aufhebungen von Spezialfinanzierungen über Eigenkapital verfügt, werden die Argumente für eine Steuererhöhung klar untermauert. Der vom Stadtrat verabschiedete Voranschlag sieht eine Erhöhung des Steuerfusses um einen Zehntel auf 1,63 Zähler vor. Urnengang ist am 3. April.

Finanzdirektorin Silvia Steidle, Steuerverwalter Urs Stauffer und Margrit Keller, die Leiterin der Abteilung Finanzen, nehmen heute zur Rechnung 2015 vor den Medien Stellung.

Alles zu den Bieler Finanzen unter bielertagblatt.ch

Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften wird verbindlich geregelt

Biel Zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus hat der Gemeinderat ein neues Reglement genehmigt. Damit soll der Anteil an günstigem Wohnraum gesteigert werden.

Die über 30 Wohnbaugenossenschaften in Biel bewirtschaften rund 4500 und damit knapp einen Sechstel aller Wohnungen auf dem Stadtgebiet. Sie sind ein wichtiger Partner für die Behörden, wenn es darum geht, erschwinglichen Wohnraum anzubieten. Denn bei Genossenschaften zahlt ein Mieter rund einen Viertel weniger Zins als marktüblich. Die meisten Liegenschaften stehen auf Grundstücken der Stadt und stammen aus den 50er-Jahren. Ein Grossteil der Baurechtsverträge läuft in den nächsten Jahren – nachdem sie bereits

provisorisch verlängert werden mussten – allerdings aus. Allein 40 müssen auf das kommende Jahr erneuert werden.

Mit dem neuen Reglement wird es verbindlich

Generell soll die Zusammenarbeit zwischen den gemeinnützigen Wohnbauträgern und der Stadt gestärkt werden. Auch, um den Mangel an günstigem, qualitativ gutem Wohnraum für Haushalte mit mittlerem Einkommen in Biel zu beheben. Ein erster Schritt wurde vor zwei Jahren mit der Unterzeichnung der Charta 2014–2017 getan.

Nun folgt der weitaus Wichtigere und Verbindlichere: die Erstellung eines Reglements als Basis für die Verlängerung der Baurechtsverträge und als Instrument zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gestern stellten Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR) und Beat

Bommer, Leiter Abteilung Liegenschaften, das Ergebnis der rund zwei Jahre dauernden Diskussionen und Verhandlungen mit Vertretern der Genossenschaften vor.

Es gibt zwar eine Reihe von Städten, welche den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Etwa durch Abgabe von Land, mehrheitlich in der Form von Baurechtsdienstbarkeiten, der Gewährung von Darlehen, Investitionsbeihilfen oder Projektunterstützung. «Ausser Zürich, das einen Anteil an Genossenschaften von rund 18 Prozent aufweist, hat aber bisher keine andere Schweizer Gemeinde die Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaft derart geregelt», stellte Silvia Steidle fest.

Mehr gemeinnütziger Wohnraum – auch auf der Gurzelen

In das Reglement eingeflossen sind auch die beiden Gemeinde-

initiativen «für bezahlbare Wohnungen» und «für bezahlbare Wohnungen im Gurzelen», die im Februar 2015 eingereicht wurden. Das Reglement gibt zum einen vor, dass «sich im Jahr 2035 ein Fünftel der Wohnungen in der Stadt im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern befinden», was Beat Bommer als «ambitiös» bezeichnete. Zum anderen, dass die Stadt bei der Neuüberbauung auf der Gurzelen «gemessen an der Bruttogeschossfläche, mindestens die Hälfte im Baurecht oder, in begründeten Fällen, zu Eigentum an gemeinnützige Wohnbauträger» abgibt.

Gemäss Steidle würden die Initiativen durch das Reglement quasi hinfällig. Vorbehalten bleibt die Zustimmung durch den Stadtrat im Juni. Komiteemitglied und Grünen-Stadtrat Fritz Freuler zeigte sich gestern mit den Ergebnissen der Arbeiten zu-

frieden. Begonnen hatten diese 2014 mit der Gründung einer Arbeitsgruppe, in der nebst Behörden auch die Interessengemeinschaft der Bieler Wohnbaugenossenschaften vertreten sind. IG-Präsidentin Heidi Lüdi sagte gegenüber dem BT, dass sie hinter dem Reglement stehe. Die Zeit aber dränge, da die Genossenschaften ihre Verträge eigentlich längst erneuern wollten. «Eine weitere provisorische Verlängerung wäre ganz und gar nicht in unserem Sinne», sagt Lüdi. Was nicht verwunderlich ist. Die Genossenschaften brauchen Planungssicherheit. Und zu lange lag das Thema bei der Stadt brach, auch aufgrund diverser personeller Wechsel in der Verwaltung.

Gleichbehandlung für alle Wohnbaugenossenschaften

Der Reglementsentswurf geht nun in die Vernehmlassung. Nebst den

Wohnbaugenossenschaften werden verschiedene Verbände, das Bundesamt für Wohnungswesen und der Gewerkschaftsbund Stellung nehmen können. Das Reglement definiert unter anderem die möglichen Fördermassnahmen wie Landabgabe, Darlehen oder raumplanerische Massnahmen. Oder auch, dass die Baurechtsnehmer ihre Liegenschaften systematisch sanieren und erneuern müssen und, dass sie die Gewinnausschüttung begrenzen.

Die Ergebnisse der Vernehmlassung fließen wiederum in die Überarbeitung des Reglements ein. Genehmigt der Stadtrat das Papier im Juni, soll es umgehend in Kraft treten. Nur so bleibt genügend Zeit, die 40 auslaufenden Baurechtsverträge der Genossenschaften noch vor Jahresende zu erneuern. *Patrick Furrer*

Das Reglement zum Nachlesen auf bielertagblatt.ch/wbg-reglement



Der Neubau der Siedlung Les Amis am Narzissenweg in Biel ist ein Beispiel dafür, wie sich der Gemeinderat die Zukunft des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Biel vorstellt. Tanja Lander